



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebshammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl** und Fraktion (SPD)

Altersarmut in Bayern bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der jüngst veröffentlichte DGB-Rentenreport (DGB = Deutscher Gewerkschaftsbund) deutlich die anhaltende Rentenlücke zwischen Männern und Frauen in Bayern zeigt. Während 45 Prozent der Männer eine gesetzliche Rente von mehr als 1.500 Euro monatlich erhalten, trifft dies lediglich auf 13 Prozent der Frauen zu. Diese Diskrepanz ist ein strukturelles Problem, das dringend gelöst werden muss.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

1. ein bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz auf den Weg zu bringen, denn faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen sind der beste Schutz vor Altersarmut.
2. die Kommunen beim beschleunigten Ausbau von Kita-Plätzen mit einem Sonderinvestitionsprogramm zu unterstützen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und insbesondere Frauen und Alleinerziehenden die Aufnahme einer existenzsichernden (Vollzeit-)Beschäftigung zu ermöglichen. Gleiches gilt auch für die Unterstützung der Kommunen beim Ausbau von guten Ganztagsangeboten im Grundschulbereich.
3. einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht für Bayern aufzulegen und eine entsprechende Begleitgruppe einzurichten (unter Einbezug externer Akteurinnen und Akteure wie Sozialverbänden und Gewerkschaften) nach dem Vorbild Baden-Württembergs.
4. eine ressortübergreifende Strategie gegen Altersarmut zu entwickeln, um dem Thema mehr Aufmerksamkeit zu geben und dafür zu sensibilisieren; um regionale Unterschiede und Herausforderungen in Bayern zu adressieren und um bestehende Ansatzpunkte, die insbesondere die Ressorts Arbeit, Soziales und Familie, Wirtschaft sowie Gesundheit und Pflege betreffen, besser miteinander zu verzahnen.
5. einen „Fonds gegen Altersarmut“ einzurichten, der gezielt Projekte und Maßnahmen gegen Altersarmut und zur Stärkung der Altersvorsorge von Frauen mit niedrigem Einkommen und unterbrochenen Erwerbsbiografien fördert.

Begründung:

Der aktuelle DGB-Rentenreport macht deutlich:

Die gesetzliche Rente ist für die meisten Ruheständlerinnen und Ruheständler die zentrale Säule ihrer Altersvorsorge. Besonders alarmierend ist die Tatsache, dass nur etwa 13 Prozent der Frauen in Bayern eine gesetzliche Rente von mehr als 1.500 Euro im

Monat beziehen, während dieser Anteil bei Männern bei 45 Prozent liegt. Die Armutsgefährdungsschwelle in Bayern beginnt bei einem Wert unter 1.322 Euro – ein Wert, den drei Viertel aller Frauen in Bayern mit ihrer Rente nicht erreichen. Schon seit Jahren verharren diese Zahlen in Bayern auf niedrigem Niveau. Das Problem der Altersarmut bei Frauen ist in der Folge seit Jahren schwerwiegender als im Bundesdurchschnitt.

Aktuelle Zahlen der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit in Bayern belegen die strukturellen Ursachen für diese Situation:

Während 3,2 Millionen Frauen und 3,5 Millionen Männer am bayerischen Arbeitsmarkt beschäftigt sind – also eine vergleichbare Anzahl –, sind nur 43 Prozent der beschäftigten Frauen in Vollzeit tätig, bei den Männern hingegen 81 Prozent. Diese deutliche Diskrepanz bei der Vollzeitbeschäftigung führt unweigerlich zu erheblichen Unterschieden bei den Rentenansprüchen.

Erschwerend kommt hinzu, dass vollzeitbeschäftigte Frauen in Bayern durchschnittlich nur 3.599 Euro verdienen, während Männer im Durchschnitt 4.145 Euro erhalten – ein Unterschied von 546 Euro monatlich. Die Lohnunterschiede ergeben sich nicht nur durch die höhere Teilzeitquote, sondern auch durch geringere Gehälter in Berufen, in denen besonders viele Frauen arbeiten.

Besonders prekär ist die Situation für alleinerziehende Frauen:

Unter den Arbeitslosen in Bayern sind laut Arbeitsagentur zuletzt 13 Prozent weibliche Alleinerziehende gewesen, aber weniger als ein Prozent männliche. Frauen stehen somit deutlich häufiger vor der doppelten Herausforderung, neben der Arbeitssuche allein für die Erziehung eines oder mehrerer Kinder verantwortlich zu sein.

Paradoxe Weise verfügen Frauen in Bayern inzwischen im Durchschnitt über höhere Bildungsabschlüsse als Männer. Trotzdem arbeiten sie eher auf Helferinnen- oder Fachkräftebene und weniger auf Spezialistinnen- oder Expertinnenebene. An den bayerischen Hochschulen hat sich laut Statistischem Landesamt die Zahl der Studienanfängerinnen in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) in den letzten 20 Jahren zwar verdoppelt, doch dieses Potenzial wird am Arbeitsmarkt nicht ausreichend genutzt.

Zusammengefasst lässt sich somit leider noch immer sagen:

Frauen arbeiten öfter in Teilzeit und in schlechter bezahlten Berufen. Sie unterbrechen häufiger ihre Erwerbstätigkeit für Familienpflichten und stemmen zudem den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit, was ihre Möglichkeiten einschränkt, ausreichende Rentenansprüche zu erwerben.

Um diesen Trend endlich umzukehren, braucht es deshalb:

Höhere Löhne und eine höhere Tarifbindung für eine gute finanzielle Absicherung; eine gute Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und nicht zuletzt gezielte Unterstützungsmöglichkeiten zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen in Vollzeit und für von Armut betroffene Frauen.